

KAPITEL 19

MASKEN FÜR ALLE ODER: WAS KOSTET DIE WELT?

Berlin ist nicht irgendeine Stadt, auch nicht nur ein Bundesland, sondern als Bundeshauptstadt immer wieder Gast auf der Weltbühne. Nicht nur, wenn die »rein privat« twitternde Berliner Staatssekretärin für Internationales Sawzan Chebli, die sich selbst als »Palästinenserin« bezeichnet, ihre Meinung zu Israel zum Besten gibt.

Offenbar hat der Senat noch nichts von der Kompetenzverteilung aus Art. 32 des Grundgesetzes gehört, nach der die Pflege der Beziehungen zu ausländischen Staaten Sache des Bundes ist. Nun könnte man angesichts der wenigen Gelegenheiten, bei denen der Senat Berlin auf die Weltbühne bringt, natürlich zu seinen Gunsten davon ausgehen, dass mit »Pflege der Beziehungen« nur die positiven Kontakte gemeint sind, denn von »Störung der Beziehungen« steht ja nichts im Grundgesetz – da darf dann auch der Berliner Senat mal ran.

So erklären sich zumindest dann auch die Ereignisse ab dem 3. April 2020, die die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und ihrem NATO-Partner USA schwer belastet haben. An diesem Freitagnachmittag trat der Berliner Innensenator – dessen Bedeutung man schon daran erkennen kann, dass er mit vier Personenschützern des LKA der am besten bewachte Landesinnenminister ist – mal wieder vor die Presse, um seine jüngsten Erkenntnisse zu verkünden.

Und was man aus dem Mund des obersten Sicherheitsverantwortlichen der deutschen Hauptstadt, Chef eines mit über 200 Mitarbeitern starken, eigenen Inlandsnachrichtendienstes hören musste, war schier unglaublich: Die USA, die über Jahrzehnte ein enger Bündnispartner gewesen waren, mit denen gerade wir Berliner so viel Positives verbinden – von Kennedys Besuch am Schöneberger Rathaus bis zum Mauerfall – hatten uns nicht nur nicht unterstützt, sondern waren uns in den Rücken gefallen!

200 000 dringend benötigte FFP-2-Schutzmasken seien in Thailand durch die USA konfisziert – also entschädigungslos beschlagnahmt! – worden. Berlin habe diese Masken für die Hauptstadtpolizei bei einem US-Unternehmen bestellt und auch schon bezahlt. Und nun waren sie weg. Einfach »in die USA umgeleitet worden«.

Geisel, der nach einer Ausbildung als Fernmeldetechniker in der DDR »Ökonomie des Nachrichtenwesens« in Dresden studiert hat, weiß natürlich um die Wirkung seines Auftritts: »Wir betrachten das als Akt moderner Piraterie«, erklärte er. »So geht man mit transatlantischen Partnern nicht um. Auch in globalen Krisenzeiten sollten keine Wildwest-Methoden herrschen.«¹³⁶

Piraterie, Wild-West-Methoden. Und auch noch gegenüber einem Nato-Partner! Das erfüllt leider alle antiamerikanischen Klischees, die insbesondere unter Linksextremisten gerne verbreitet werden. Aber vielleicht ist es nur eine Einzelmeinung? Weit gefehlt! Neben anderen Größen der Berliner SPD-Bezirke äußerte sich auch der Nachfolger von legendären Bürgermeisterern wie Ernst Reuter und Willy Brandt. Der von Kritikern wegen angeblich fehlenden Charismas als »sprechende Büroklammer« gehänselte Michael Müller sprach dem verängstigten Volk aus der Seele – oder verängstigte die Menschen eben noch ein wenig mehr: »Die Corona-Pandemie braucht weltweite Solidarität und verantwortungsvolle Politik. Das Handeln des US-Präsidenten ist alles andere als das: Es ist unmenschlich und inakzeptabel.«¹³⁷

Das hat gegessen! Na gut, sicherlich »braucht« ein Virus keine Solidarität, sondern könnte diese erforderlich machen, aber wer will hier schon kleinlich sein, wenn die Chance besteht, Weltpolitik zu gestalten. Von Reuters über BBC bis zur *Washington Post* waren Geisel und Müller weltweit in aller Munde. Doch der PR-Coup sollte nicht allzu lange währen. Am Samstagmorgen nutzte ich das neben der Parlamentarischen Anfrage zweite wichtige Instrument im Arbeitskoffer des Abgeordneten – das Akteneinsichtsrecht – und schrieb einen entsprechenden Antrag an den zuständigen SPD-Innenstaatssekretär Torsten Akmann.

Das Akteneinsichtsrecht ermöglicht es den Abgeordneten, Einsicht in alle Akten und sonstigen Unterlagen der Berliner

Verwaltung zu nehmen. Weshalb von diesem Instrument so wenig Gebrauch gemacht wird, habe ich in den letzten Jahren im Parlament nicht verstanden, denn natürlich erleichtert es das Verständnis eines Vorgangs ungemein, wenn man sich nicht von einem – bestimmt sehr selbstkritischen – Staatssekretär, den man schließlich kontrollieren soll, eine Zusammenfassung geben lässt, sondern in wichtigen Fällen einfach mal selbst in die Akten schaut.

Zugegeben, wenn ich nicht gleichzeitig von wirklich engagierten Leuten in der Innenverwaltung erfahren hätte, was in der Akte steht, hätte ich mich vielleicht nicht ganz so deutlich geäußert, wie ich es dann am Samstag in der *Berliner Zeitung* tat¹³⁸, als ich die Behauptungen der Regierenden und seines Innensenators als »völligen Unfug« bezeichnete.

Als sich dann am Montag der amerikanische Botschafter Richard Grenell äußerte und jede Involvierung der USA in diese Geschichte bestritt, konterte der Weltpolitiker Geisel damit, es gebe nun »Wichtigeres zu tun, als mit den USA zu streiten«, aber er könne ja mal »zur gemeinsamen Aufklärung« mit dem US-Botschafter sprechen. Wenn es nicht Geisel selbst gewesen wäre, der mit den Vorwürfen den Streit begonnen hätte, wären mir seine Einlassungen sicher verständlicher gewesen, aber dann schauen wir eben nach vorne.

Während der Regierende Bürgermeister zurückruderte, die Schärfe seiner Worte bedauerte – immerhin hatte er dem US-Präsidenten persönlich wegen dieses »Akts der Piraterie« Verantwortungslosigkeit und Unmenschlichkeit vorgeworfen – und offenbar den verantwortungsvollen Grundsatz entdeckte, dass es Sinn macht, erst in die Akten zu schauen, bevor man einen jahrzehntelangen Partner öffentlich angreift, wartete ich geduldig auf die Akteneinsicht.

Und wartete. Und wartete.

Obwohl es sich bei der Akteneinsicht um ein Sonderrecht der Abgeordneten handelt, das nur wenige Ausnahmen kennt, dauert es in der Regel mehrere Monate, bis der Senat diese Akten dann auch liefert – nicht selten nur lückenhaft oder mit den abstrusesten Begründungen auch mal gar nicht, was dann wieder neue Anträge und Klagen erfordert.

Ende Juni war es endlich so weit und ich konnte mir den – mit einem Ordner sehr übersichtlichen – Vorgang binnen weniger

Minuten anschauen, allerdings nur unter Schwärzung der Namen der beteiligten Firmen und deren Mitarbeiter.

Das war mir herzlich egal, denn den Namen der Firma, die Eigentümer und so einiges mehr hatte ich in der Zeit schon selbst recherchiert. Damit kein Verdacht eines Verrats dieses staatstragenden Geheimnisses auf die braven Beamten der Polizei Berlin fiel, hatte ich vorsorglich den Namen der Firma – die MEDI-KS GmbH – schon in den Betreff der Terminvereinbarungsmail schreiben lassen.

Bei der MEDI-KS handelt es sich jedoch nicht um ein »amerikanisches Unternehmen«, sondern eine gemütliche kleine GmbH aus Berlin-Rosenthal, die laut ihrem Jahresabschluss 2018 zuletzt allenfalls 2016 einen Jahresüberschuss erwirtschaftet hatte. Kein Global Player also. Der Geschäftsführer Thomas Petrick und sein neuer Kollege David Teuter werben damit, alles anzubieten, was man benötigt, »um fitt und gesund zu bleiben« und mit einem kleinen, hilfsbereiten Specht, der »Was suchst Du, Wie kann ich Dir helfen« fragt. (Zitate in Originalschreibweise)

Nun gut, man war ja nicht auf der Suche nach einem Germanistikprofessor, sondern nach Atemschutzmasken, und die konnte MEDI-KS ja wohl liefern – wenn die böse Trump-Administration die Masken nicht konfisziert hätte, wie wir ja gelernt haben. Und die Firma musste ja seriös sein, denn der neue Geschäftsführer kann sogar eine Teilnahmebescheinigung eines TÜV-Kurses als Medizinprodukteberater vorweisen. Einen ganzen Arbeitstag lang dauerte die Fachausbildung – und das sogar tauf frisch im Jahr 2020 absolviert.

Kurioserweise stellte sich der Vorgang in der Akte gänzlich anders dar, als man es nach Geisels Aussagen erwartet hätte. Davon, dass die USA – oder eine thailändische Behörde – irgendetwas konfisziert hätten, fand sich in der Akte nichts. Der Rosenthaler Händler hatte vielmehr zugesagt, diese Masken sofort ausliefern zu können, allerdings nur gegen Vorkasse.

Woher aber kam die Information, die USA hätten Masken konfisziert, die der Innensenator der Bundeshauptstadt bis Washington verbreitete? Dieses »Wissen« stammte nicht aus erster Hand, sondern von einem Frankfurter Händler, der MEDI-KS die Masken liefern

sollte. Der hatte die Masken wiederum bei einem Händler in Thailand – Siam Inter Network Co. Ltd. – bestellt, der sie in China bestellt hatte. Und der – anonyme – Frankfurter Zwischenhändler hatte aus Thailand gehört, dass die USA diese Masken aufkaufen, und deshalb »vorsichtshalber« selbst die Bestellung gestoppt. Wie umsichtig!

Allerdings eben kein Wild-West, keine Piraterie und kein Konfiszieren, sondern ganz offensichtlich eigenes Handeln in einer klassischen Maklerkette – in der natürlich jeder mitverdienen will und mitverdienen sollte. Im großen Stil, denn es ging um einen Millionenbetrag. Für 200 000 Masken, die auch damals für unter 2 Euro pro Stück am Markt verfügbar waren.

Durch die deutlichen Worte des Innensenators achtete natürlich niemand mehr auf diese Kleinigkeit und untersuchte, ob und welcher der Händler hier eben ein besseres Geschäft gewittert und an die USA verkauft hatte. Bis ich diese Akte in Händen hielt und mich fragte, weshalb wohl der Frankfurter Zwischenhändler solchen Wert darauf legte, bloß nicht öffentlich erwähnt zu werden, weil dieser »noch andere Kunden« beliefern müsse. Stellen wir uns mal vor, dieser andere Kunde wäre die US-Regierung, und einer der Händler hätte die Masken eben zwei Mal verkauft – aber natürlich nur dem Meistbietenden geliefert.

Der Berliner Senat hätte also im blinden Vertrauen und ohne Ausschreibung einen Millionenbetrag an eine Firma überwiesen, die übrigens per Zuruf ausgesucht worden war, dann anlasslos einen NATO-Partner beschimpft und eine internationale Krise provoziert, um einer Reihe von Händlern einen satten, anonymen Profit mit der Angst der Berliner Polizeibeamten zu verschaffen.

Aber es kommt noch besser: die Masken sind bekanntlich nicht zum vereinbarten Termin geliefert worden. Statt Schadenersatz zu verlangen oder die Masken einfach zum normalen Preis bei anderen Händlern zu kaufen, die es durchaus gab, wartete der Senat ganz geduldig ab. Nicht eine Woche, nicht vier, sondern über zwei Monate dauerte es, bis eine »Ersatzlieferung« eines anderen Herstellers endlich in Berlin eingetroffen war und eingesetzt werden konnte.

Den Profit konnten die Beteiligten natürlich behalten. Bezahlt aus dem Landeshaushalt. Von unserem Geld. Ein Einzelfall? Das

erwarten Sie doch mittlerweile auch nicht mehr, denn es geht schließlich um den Senat von Berlin. Während Berlin keine Ressourcen hat, um für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen, war man umso eifriger, ohne Ausschreibung Masken zu bestellen, was das Zeug hielt – was kostet die Welt?

Nicht nur FFP2-Masken für 18 bis 20 Euro haben einzelne Gerichtsverwaltungen etwa beim Amtsgericht Köpenick gekauft – während das Amtsgericht Mitte wenige Tage vorher in der Lage war, diese für 2,50 Euro zu erwerben – sondern man hat auch im großen Stil die offensichtlich praktisch nutzlosen Masken aus einfachem Stoff gekauft.

So hat sich der Regierende Bürgermeister Müller einmal mehr für höhere Weihen empfohlen, als seine Senatskanzlei 45 000 einfache Stoffmasken für 7,10 Euro pro Stück kaufte – nur um wenige Wochen später den Berlinern zu erklären, dass diese ja keinen ausreichenden Schutz böten und deshalb – zur rechtlichen Bewertung kommen wir an anderer Stelle im Buch – das Tragen einfacher Stoffmasken zugunsten von FFP2-Masken untersagte. Resultat: 319 500 Euro Geld der Bürger für die Katz.¹³⁹

Besonders schön auch der Hüter des nicht vorhandenen Staatschatzes des Landes, der Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD), der seinem Regierenden offenbar in nichts nachstehen wollte und dieselben, nutzlosen Stoffmasken gleich für 12,50 Euro pro Stück orderte – bei einer Privatperson. Wie praktisch, wenn man nicht ausschreiben muss.

Ob die Privatperson vielleicht dieselben Masken, die der Regierende gekauft hat, diesem abgekauft und an den Finanzsenator weiterverkauft hat, ist leider nicht überliefert – und wird auch so bald ebenso wenig zu klären sein wie die anderen Fragen rund um die dubiosen Maskendeals des Senats, denn zuständig für die Kontrolle solcher Deals wie dem der Senatskanzlei ist der Landesrechnungshof. Und der war doch bestimmt sofort aktiv geworden.¹⁴⁰

7. Hat der Landesrechnungshof einzelne – wenn ja, welche – oder sämtliche der Beschaffungsvorgänge zu 1) geprüft? Falls noch keinen, weshalb nicht?

Zu 7.:

Nein. Der Rechnungshof von Berlin ist eine unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen oberste Landesbehörde. Gemäß Artikel 47 der Verfassung von Berlin untersteht die Präsidentin des Rechnungshofes von Berlin der Dienstaufsicht des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin. Daher kann der Senat von Berlin zu den Gründen keine Auskunft geben. Sie sind ihm auch nicht bekannt.

Die Präsidentin des Rechnungshofs ist übrigens Karin Klingen (SPD), die bis zu ihrer mit 82 – bei 81 benötigten – Stimmen äußerst knappen Wahl durch das Abgeordnetenhaus Abteilungsleiterin in der Senatskanzlei bei Michael Müller (SPD) war. Der intime Kenner der Berliner Landespolitik Ulrich Zawatka-Gerlach schrieb dazu im *Tagesspiegel*, Müller habe »seine Kandidatin gegen große Widerstände durchgesetzt.«

Es wird sicherlich spannend, zu sehen ob diese persönliche Verbindung irgendeinen Einfluss auf die Arbeit des Rechnungshofs hat. Spannender noch als die Prüfung der Senatskanzlei dürften aber ohnehin die detaillierten Prüfungen der Bestellungen der Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) und ihres Staatssekretärs Martin Matz (SPD, vormals FDP) sein, denn trotz mehrfacher parlamentarischer Anfragen weigern sich die beiden Genossen, die Einkaufspreise für rund 45 Millionen Masken zu nennen, die man ebenfalls locker ohne Ausschreibung und dem Vernehmen nach weit über Marktpreisen gekauft hatte.

Spannend auch, was die Prüfung der Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) ergeben wird, die ihr schon vor »Corona« angeschlagenes öffentliches Bild damit zu kaschieren versuchte, dass sie zehn Millionen Masken an die Schulen verteilen lassen wollte. Auch Scheeres weigert sich, die Verfassung zu achten und auf meine parlamentarischen Anfragen inhaltlich zu antworten. Aber mit der Achtung vor der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist es ja an Berlins Schulen ohnehin nicht so weit, wie wir ja bereits in Kapitel 2 erfahren haben.

Konservativen Schätzungen zufolge haben Senat und Landesbeteiligungen allein im Jahr 2020 etwa 170 Millionen Euro für die

Beschaffung sogenannter »Schutzmasken« ausgegeben, ein ganz erheblicher Teil davon für sogenannte »Community-Masken«, deren Nutzen ja inzwischen selbst der Senat bezweifelt. Und selbst wenn diese einen Nutzen hätten, sind sie durchschnittlich etwa zum dreifachen Marktpreis eingekauft worden, sodass wir getrost davon ausgehen können, dass der Senat hier einen dreistelligen Millionenbetrag verschleudert hat.

Wobei: Geld ist ja bekanntlich nie weg, sondern nur irgendwo anders. Es wird noch sehr interessant werden, welche Firmen eigentlich nach welchen Kriterien als Lieferanten ausgewählt worden sind, wer diese vermittelt hat und wer da womöglich eine kleine Provision erhalten haben mag. Es wird doch nicht etwa im rot-rot-grünen Berlin so ähnlich gelaufen sein wie im schwarz-gelben Nordrhein-Westfalen? Zur Erinnerung: Dort wurde bekannt, dass ein gewisser Johannes Laschet, der als freier Mitarbeiter – die ja nicht selten erfolgsabhängig bezahlt werden – für den Modehersteller van Laack tätig war, einen heißen Draht zur Düsseldorfer Staatskanzlei hergestellt hatte. Und nicht einfach zu irgendwem, sondern direkt zum Ministerpräsidenten, einem gewissen Armin Laschet. Dass ein Vater für seinen Sohn erreichbar ist, ist ja auch sehr gut.

Dass er dann aber dem Chef seines Sohns großzügig einen Auftrag über 38,5 Millionen Euro zuschanzte, war schon nicht mehr ganz so gut. Als dann noch Ende Dezember 2020 bekannt wurde, dass auch der nordrhein-westfälische CDU-Innenminister Herbert Reul – der nach eigenem Bekunden ganz entschlossen gegen Organisierte Kriminalität zu Felde zieht – für seine Polizei 1,25 Millionen sogenannter Community-Masken bei van Laack bestellt hatte, blieb Laschet senior nur noch ein Ausweg:¹⁴¹ Die Beförderung zum CDU-Bundesvorsitzenden. Wie in den vielen Unternehmensberatungen, wie der unseligen Arthur Andersen Consulting GmbH, von der wir ja schon viel lesen konnten, gilt auch hier: *up or out*.

In diesem Sinne kandidiert der Maskenbeschaffungsexperte Michael Müller nicht mehr für ein Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus, sondern für den Deutschen Bundestag. Wir werden sehen, wie die Bürger sein Handeln bewerten: *up or out*.